

GROSSBRITANNIEN

Millionenschwere Verschrottung

Die Sparbemühungen der Regierung führen bei den Streitkräften zu grotesken Auswüchsen. So wird die Royal Navy zwar bald zwei nagelneue Flugzeugträger besitzen, aber einstweilen keinen Kampfjet mehr, der davon abheben könnte. Die Flotte altern der „Harrier“-Senkrechtstarter wird gerade stillgelegt, sie endet auf dem Schrottplatz. Jetzt will das Verteidigungsministerium sogar Millionen ausgeben, um nagelneue Jets zu Altmetall zu machen. Bei Manchester hat die Verschrottung der modernsten britischen See-Aufklärungsflugzeuge vom Typ Nimrod MRA4 begonnen – ein Jahr bevor sie überhaupt in Dienst gestellt werden sollten. Die neun Maschinen haben bis jetzt umgerechnet 4,5 Milliarden Euro gekostet. Nun werden sie hinter Sichtschutzzäunen auf dem Gelände des Waffenkonzerns BAE Systems in Kleinteile zerlegt; inklusive einer Konventionalstrafe an BAE muss die Regierung dafür mehr als 230 Mil-

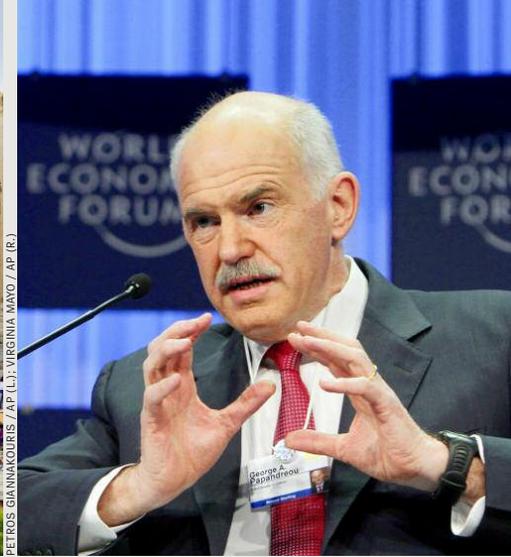


„Harrier“-Jet

lionen Euro zahlen. Trotzdem hofft das Verteidigungsministerium, im nächsten Jahrzehnt so Folgekosten von mehr als zwei Milliarden Euro einzusparen. Die Idee, die Aufklärungsflugzeuge doch noch fertigzustellen und zu verkaufen, wurde rasch verworfen: Nach fast 15-jähriger Entwicklungszeit gelten die Maschinen als unsicher und unmodern.



Proteste auf der Akropolis



Papandreou in Davos

GRIECHENLAND

Angriff auf Schweizer Konten

Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen für den kriselnden Staatshaushalt interessiert sich Premier Georgios Papandreou nun für Bankkonten griechischer Steuerflüchtlinge in der Schweiz. Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos verständigten sich Papandreou und die Berner Bundespräsidentin, Micheline Calmy-Rey, sowie die Finanzminister beider Länder darauf, „Verhandlungen zum Zwecke des Austausches von Steuerinformationen“ voranzutreiben. Rund 600 Milliarden Euro haben Griechen Schätzungen zufolge in der Schweiz gebunkert, fast dreimal so viel Geld wie im eigenen Land. Die Regierung in Athen ist überzeugt, dass ein Großteil nicht bei den Steuerbehörden deklariert wurde. Eine sogenannte große Amtshilfe in Steuer-sachen wie bei anderen OECD-Ländern könnte nach Ratifizierung einer entsprechenden Vereinbarung in beiden Parlamenten frühestens zum Jahresbeginn

2012 in Kraft treten. Steuersünder müssen dann unter anderem mit einer Nachzahlung der Zinsabschlagsteuer von zehn Prozent für zehn Jahre sowie mit Säumniszuschlägen rechnen.

Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft gehören zu den griechischen Volkskrankheiten. Die Schattenwirtschaft erreicht ein geschätztes Volumen von jährlich 80 Milliarden Euro, das ist rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts. Um Steuerhinterziehung effektiver zu bekämpfen, hatte die Regierung im Herbst bereits durch eine Gesetzesreform die Beweislast umgekehrt. Jetzt müssen die Steuerpflichtigen, und nicht mehr die Behörden, „die wirkliche Quelle oder Herkunft“ ihres jeweiligen Vermögenszuwachses nachweisen und können sich so einer ordnungsgemäßen Besteuerung nicht mehr entziehen. „Das ist eine Revolution“, sagt ein Sprecher der Steuerfahndung, „jetzt steht der Steuerpflichtige unter Zugzwang.“

SÜDAFRIKA

Uno warnt vor Gewalt

Der Uno-Beobachter für die Rechte von Migranten, Jorge Bustamante, befürchtet eine neue Welle fremdenfeindlicher Übergriffe am Kap. Nachdem er neun Tage quer durchs Land gereist war, forderte er jetzt die Regierung in Pretoria auf, endlich das Problem der illegalen Einwanderung anzugehen, damit es nicht erneut zu Ausschreitungen kommt, wie sie das Land im Mai 2008 erlebte. Südafrika ist Ziel vieler Armuts- und Kriegsflüchtlinge aus Ländern wie Somalia und Simbabwe. Große Teile der Wirt-

schaft, vor allem der Bergbau und die Landwirtschaft, beschäftigen die billigen Arbeitskräfte. Viele Südafrikaner sehen sich dadurch benachteiligt und werfen den Zuwanderern vor, ihnen Jobs wegzunehmen. Außerdem machten sie mit Billigangeboten einheimischen Händlern Konkurrenz. Mitte Januar ließ die zuständige Regionalregierung Dutzende Geschäfte im Johannesburg Stadtteil Freedom Park schließen, nachdem dort zwei somalische Ladenbesitzer krankenhaushausreif geprügelt worden waren. Auch in Ramaphosa am Ostrand von Johannesburg bedrohten Jugendliche illegale Ausländer und forderten sie auf, die Siedlung zu verlassen.